



Landesteilhabebeirat. Teerhof 59. 28199 Bremen Per Mail an:

Dr. Claudia Bogedan Senatorin für Kinder und Bildung Anja Stahmann Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport Vorsitzender Arne Frankenstein Stellvertreterin Birgit Meierdiercks Stellvertreter

Lars Müller

Geschäftsstelle: Landesteilhabebeirat Teerhof 59 28199 Bremen

Tel. (0421) 361-18181

E-Mail: office@landesteilhabebeirat.bremen.de
Internet: www.teilhabebeirat.bremen.de

Bremen, 15. Oktober 2020

Keine Berufsorientierung für behinderte Schülerinnen und Schüler seit 2017 -Landesteilhabebeirat fordert schnelles und kreatives Handeln des Senats

Sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Bogedan, sehr geehrte Frau Senatorin Stahmann,

im Hinblick auf die Berufsorientierung für behinderte Schülerinnen und Schüler im Land Bremen wandte sich der Landesteilhabebeirat im September 2016 das erste Mal mit dem Appell an den Senat, die Berufsorientierung über das Schuljahr 2016/2017 hinaus sicherzustellen. Im Juni 2018 musste der Landesteilhabebeirat zur Kenntnis nehmen, dass es den damals beteiligten Senatsressorts (Bildung und Arbeit) nicht gelungen war, eine Berufsorientierung für behinderte Jugendliche dauerhaft einzurichten. In seinem damaligen Beschluss forderte der Landesteilhabebeirat daher, die Berufsorientierung in gleichen Umfang wie vor dem Auslaufen spätestens für das Schuljahr 2019/2020 - sicherzustellen.

Auf seiner Sitzung am 24. September 2020 hat sich der Landesteilhabebeirat erneut mit der beruflichen Orientierung für behinderte Jugendliche beschäftigt. Frau Mausolf (Senatorin für Kinder und Bildung) sowie Herr Zacharias (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport) teilten dem Beirat in der Sitzung mit, dass auch im aktuellen Schuljahr mindestens ca. 55 Schülerinnen und Schüler im Land Bremen keine Berufsorientierung erhielten, durch die

Anschlussperspektiven nachhaltig verbessert und Beschäftigungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt in einigen Fällen eröffnet werden könnten. Der Landesteilhabebeirat verbindet seit September 2016 mit dem Angebot "Berufsorientierung" die Hoffnung, behinderten Jugendlichen verstärkt Alternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen aufzuzeigen (Werkstattvermeidung) und damit den Anforderungen aus Artikel 27 UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung zu tragen. Diese haben mittlerweile bewirkt, dass auch der Bundesgesetzgeber durch die Schaffung des sogenannten Budgets für Arbeit (§ 61 SGB IX) und des Budgets für Ausbildung (§ 61a SGB IX) entsprechend tätig geworden ist.

Im Jahr 2019 erfolgte seitens Ihrer Häuser eine Ausschreibung, um das Angebot der Berufsorientierung wieder sicherzustellen, was der Landesteilhabebeirat ausdrücklich begrüßte. Leider
blieb diese Ausschreibung erfolglos, weil nach den Schilderungen aus den Ressorts kein Angebot abgegeben worden sei. Die Ursachen hierfür seien dem Bildungs- als auch dem Sozialressort nach eigener Aussage bekannt und würden bei einer Neuausschreibung Berücksichtigung finden.

In Anbetracht der Tatsache, dass eine Berufsorientierung für behinderte Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 2017/2018 im Land Bremen nicht mehr stattfindet und hierdurch jedenfalls für den oben beschriebenen Personenkreis kein spezifisches Angebot mehr vorgehalten wird, zeigt sich der Landesteilhabeirat sehr besorgt, dass individuelle Berufsperspektiven im Einzelfall nicht entwickelt werden. Nach Auffassung des Landesteilhabebeirats verringert sich jedenfalls die Wahrscheinlichkeit, eine personenzentrierte Perspektive im Einzelfall zu entwickeln. Gerade für den Personenkreis von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen könnte dies dazu führen, dass Angebote außerhalb der Werkstatt für behinderte Menschen weniger in Anspruch genommen werden, was dem gesetzlichen Auftrag zuwiderläuft, eine gleichberechtigte Wahl zu ermöglichen.

Aus den vorstehen Erwägungen fordert der Landesteilhabebeirat die Senatorin für Kinder und Bildung sowie der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf:

- Jungen behinderten Menschen der Werkstufen in Bremen und Bremerhaven eine berufliche Orientierung schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen, spätestens jedoch zum Schuljahr 2021/2022,
- hierfür eine erneute Ausschreibung noch im Jahr 2020 durchzuführen,
- die erforderliche Gremienbeteiligung sofern aus Sicht der Fachabteilungen unabdingbar - schnellstmöglich sicherzustellen und den Deputationsbeschluss von Februar 2019

in der Form abzuändern, dass der erste Durchgang der Berufsorientierung spätestens im Schuljahr 2021/2022 startet,

- mögliche Finanzierungsprobleme kurzfristig auf Senatoren- bzw. Staatsräteebene auszuräumen,
- ebenfalls die Berufsorientierung im 9. und 10. Jahrgang in den Förderzentren wieder aufzunehmen,
- den Vorsitzenden des Landesteilhabebeirats in das gemäß Deputationsbeschluss einzurichtende Steuerungsgremium aufzunehmen,
- eine Auswertung der Berufsorientierung spätestens nach zwei Schuljahren durch das Steuerungsgremium, unter Beteiligung von Lehrkräften, durchzuführen,
- den Lehrkräften der Werkstufen sowie Förderzentren Einzelfalllösungen anzubieten, um potenziellen Nutzerinnen und Nutzern eine Berufsorientierung im aktuellen Schuljahr 2020/2021 anzubieten. Hierzu sind niedrigschwellige Kooperationsmöglichkeiten mit der Jugendberufsagentur sowie dem Amt für Versorgung und Integration anzustreben,
- die Lehrkräfte zeitnah über die erneute Ausschreibung sowie über die Möglichkeit von Einzelfalllösungen zu unterrichten,
- dem Landesteilhabebeirat bis spätestens 30. November 2020 über den aktuellen Stand der Vorbereitung der Berufsorientierung und zum Stand der Durchführung des Ausschreibungsverfahrens für das Schuljahr 2021/2022 zu berichten.

Sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Bogedan, sehr geehrte Frau Senatorin Stahmann,

der Landesteilhabebeirat hofft mit diesem Schreiben erneut den Stellenwert der Berufsorientierung für behinderte Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Arbeit Ausdruck verliehen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Arne Frankenstein

Vorsitzender des Landesteilhabebeirats

Verteiler (per Mail):

- Mitglieder des Landesteilhabebeirats
- Mitglieder der Deputation für Kinder und Bildung
- Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration
- Mitglieder des Ausschuss für Schule und Kultur
- Mitglieder des Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung